

# 1 Die Sozialstruktur

## 1.1 Einwanderungsgesellschaft USA

Die USA sind von jeher ein Einwanderungsland gewesen. Schon mehr als zweihundert Jahre vor ihrer Gründung als Vereinigte Staaten waren die englischen Kolonien der Zufluchtsort von Zehntausenden von Menschen, die der Unfreiheit in ihrem Heimatland durch Auswanderung zu entgehen versuchten. Mit der Gründung der USA brachten die Angloamerikaner „die Gleichheit der Bedingungen in die Neue Welt [...]. Nie gab es bei ihnen Bürger und Adelige; die Vorurteile der Geburt waren dort ebenso unbekannt wie die des Berufes. Da der gesellschaftliche Zustand mithin demokratisch war, konnte die Demokratie mühelos ihr Reich errichten. Dieser Tatbestand ist aber keine Besonderheit der Vereinigten Staaten; fast alle Kolonien Amerikas sind durch Menschen gegründet worden, die unter sich gleich waren oder die es als Einwohner wurden“ (Tocqueville 1985: 184). Mit Gründung der USA wurde also ein neues, freiheitliches Gesellschaftsideal als „government by the people, through the people and for the people“ als Grundlage des politischen Staatssystems verankert. Da die USA dieses Gleichheitsideal noch vor der Französischen Revolution in einer Zeit verankerten, als es weltweit nur feudale Herrschaftsstrukturen gab, und da die amerikanische Verfassung von allen heute gültigen mit über zweihundert Jahren die älteste ist, boten sich die USA seit jeher als Testmodell an, um die Entwicklung von Gleichheit in der Gesellschaft zu studieren. Insbesondere seit Gründung der Nation steht die Einwanderungsgesellschaft USA auf dem Prüfstand, denn sie rühmte sich, „die Verfolgten dieser Welt“ aufzunehmen und zog de facto Millionen von Menschen aus aller Welt an, die dem Mythos Amerika folgten.

Zwischen 1820 und 2004 wanderten fast 70 Mio. Menschen ein, die Zahl der illegal Einwanderten oder der illegal eingeführten Sklaven nicht mitgerechnet (U.S. Department of Homeland Security/Office of Immigration Statistics: 5). Obwohl die USA nicht das einzige Ziel europäischer Auswanderer war, nahm sie doch überproportional viele auf, die Europa wegen Kriegen, politischer, religiöser oder ethnischer Verfolgung, wirtschaftlichen Mißbräuten und Hungersnöten verließen. Amerika bot vielleicht nicht direkt unbegrenzte Möglichkeiten, sondern zunächst einmal die Hoffnung auf eine Möglichkeit, seine wirtschaftliche Existenz in dem riesenhaften Land sichern zu können. Während in Europa zwischen 1800

---

\* Der Beitrag ist eine Zusammenfassung der Kapitel 1, 5 und 6 aus Schneider-Sliwa 2005.

und 1900 die Bevölkerung um 187 Mio. auf 401 Mio. und in Asien von 522 Mio. auf 859 Mio. wuchs, waren die USA mit 9,6 Mio. um 1820, 23,2 Mio. um 1850 und 76,2 Mio. um 1900 ein vergleichsweise dünn besiedeltes Land, das realistischerweise Optionen für die Zuwanderer bot (U.S. Bureau of the Census 2005a: 8). Die Geschichte der Einwanderungsbewegungen und der Reaktion der amerikanischen Gesellschaft auf die Einwanderung zeigt jedoch deutlich, daß sowohl die Optionen als auch die Bedingungen für die Gleichheit aller in zunehmendem Maße schwanden. Die Geschichte der Einwanderung in den USA läßt sich in drei Phasen unterschiedlicher Handhabung der Migration unterteilen.

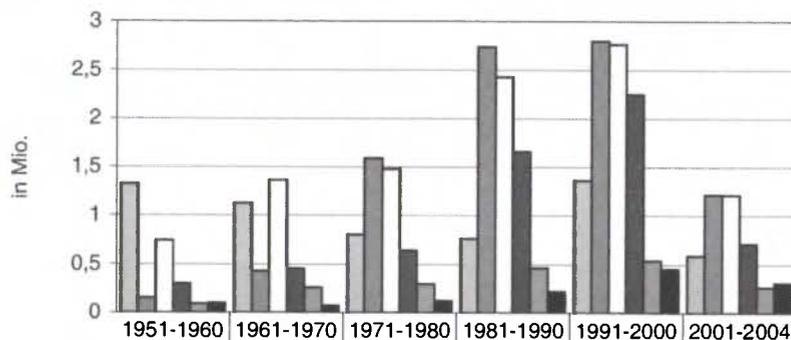
Während der „alten Einwanderung“, der ersten aufgrund ihrer geringen Einwandererzahlen noch unregulierten Phase, betrug die Gesamtzahl der Puritaner, die von 1628 bis 1640 nach Massachusetts kamen, rund 20.000 jährlich. Diese Einwanderer prägten die gesellschaftlichen Leitbilder der USA, ihre Wertehaltungen, die gesellschaftlichen Normen einer vorherrschenden *White Anglo Saxon Protestant (WASP)* Kultur, die zum Maßstab der Bewertung der späteren gesellschaftlichen Entwicklungen wurde, weswegen diese Phase besonderer Aufmerksamkeit bedarf (siehe unten). Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts waren rund 450.000 Einwanderer aus nord- und westeuropäischen Ländern nach Nordamerika gekommen. Nach 1815 begann die große, zwar noch unregulierte, jedoch statistisch schon sehr genau erfaßte Immigration. Diese dokumentierte von 1815 bis 1860 fast 5 Mio. Einwanderer und bis 1896 überwiegend Einwandererströme aus Nord- und Westeuropa, auch wenn sich deren Anteil zwischen 1820 und 1896 von 90 Prozent auf 55 Prozent verringert hatte. Bereits diese Phase ist sehr eng mit der Entwicklung von Xenophobie und politisch-nativistischen Bewegungen verbunden, die seit den 1840er Jahren und den großen irischen Einwanderungsströmen eine starke Gegenkraft gegen gewisse Einwanderungsgruppen und die vermutete „Überfremdung“ aufzubauen versuchten und dabei auch militante Aktionen provozierten.

Die zweite, von einer Umschichtung der Einwanderungsströme gekennzeichnete „neue Einwanderung“ ab 1890 brachte vorwiegend Ost- und Südosteuropäer ins Land, die den öffentlichen Debatten um Migration und das Fremdkulturelle weiteren Aufschwung gab. Waren um 1907 noch 76 Prozent der Einwanderer aus Süd-, Ost- und Südosteuropa sowie Kleinasien, darunter zwischen 1906 und 1910 1,5 Mio. Juden (im Vergleich dazu 1880 eine jüdische Gesamtbevölkerungszahl von 180.000), so wurden unter politischem Druck die Einwanderungszahlen zunehmend begrenzt und ab 1917 Restriktionen eingeführt, die zusammen mit den Einwanderungsgesetzen von 1921 und 1924 die Anteile der Personen aus diesen Ländern auf 3 Prozent jährlich der vor 1890 ohnehin verschwindend geringen Einwanderung reduzierten. Gegen die asiatische Einwanderung, die wegen des Baus der Kontinentaleisenbahnstrecken notwendig und teilweise angeworben worden war, wurde nach Beendigung der großen Streckenbauten 1882 das erste Einwanderungsverbot für Chinesen erlassen. Festzuhalten ist, daß der Aufstieg der USA zu der führenden industriellen Großmacht während der zweiten Einwanderungsphase nur möglich war, weil jene Millionen von überwiegend ungelehrten Immigranten ins Land kamen, die durch Arbeit zu Niedrigstlöhnen die Expansion der Industrien möglich machten (Adams 1994; Adams 2000a; Adams 2000b). Als jedoch die Arbeit beendet war – etwa der Bau der Transkontinentalbahnen – und die chinesischen Arbeiter zu Konkurrenten auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt wurden, schuf man entsprechende Gesetze, um die weitere Einwanderung zu verbieten (Tabelle 1-1).

<b>Tabelle 1-1: Ethnische Gruppen und Schwerpunkte wichtiger Einwanderungsgesetze und -programme</b>	
1819	Bestimmung zur Erfassung von Einwanderern
1864	Verabschiedung eines Gesetzes zur Erleichterung der Einwanderung von Kontraktarbeitern ( <i>Contract Labor Law</i> )
1868	De jure Verfassungswidrigkeit des Gesetzes erkannt
1875	Erste Bundesregelung zur Begrenzung der Einwanderung (Einwanderungsverbot für Sträflinge und Prostituierte)
1882	<i>Chinese Exclusion Act</i> , Bundesgesetz zur Begrenzung der Einwanderung von Chinesen
1882	Einwanderungsverbot für Geistesranke und mögliche Sozialfälle; Kopfsteuer für Einwanderer
1883	De facto Abschaffung des <i>Contract Labor Law</i>
1891	Bundesregierung übernimmt die Steuerung der Einwanderung, Eröffnung des Einwanderer-Durchgangslagers Ellis Island, N.Y.
1903	Ausdehnung des Einwanderungsverbots für Polygamisten, Anarchisten und Radikale
1907	Erhöhung der Einwanderungssteuer; Ausdehnung des Einwanderungsverbot für Personen mit körperlichen und geistigen Behinderungen, Tuberkulosekranke und elternlose Kinder
1917	Abkommen zwischen den USA und Japan zur Beschränkung der japanischen Einwanderung
1917	Einwanderungsverbot für Personen über 16 Jahre, die nicht Englisch lesen können, de facto Ausschluß der Einwanderung von Asiaten und Personen anderer Schriftkundigkeit; Ausnahme: religiös Verfolgte
1921	Einwanderungsbeschränkung für Europäer auf rd. 385.000. Einführung eines Quotensystems, 3 Prozent der 1910 in den USA jeweils ansässigen Nationalität werden aufgenommen
1924	<i>Johnson-Reed Act</i> , Begrenzung der jährlichen Quote auf 2 Prozent der 1890 jeweils ansässigen Nationalität; Beschränkung der europäischen Einwanderung auf jährlich 153.000, innerhalb der vorgegebenen Obergrenze kann eine Nationalität nach ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 1920 aufgenommen werden
1925	<i>Oriental Exclusion Act</i> verschärft die Beschränkungen gegen Einwanderer aus Gesamt-Asien
1930	Fortführung der strikten Einwanderungsregelungen
1942	Bracero-Abkommen zwischen Mexiko und den USA zur Einreise von Zeitarbeitern aus Mexiko
1943	Aufhebung des Einreiseverbotes für Chinesen
1946	<i>War Brides Act</i> zur Einwanderung von Ehegatten und Kindern amerikanischer Soldaten
1948	<i>Displaced Persons Act</i> zur Einwanderung von jährlich 205.000 Vertriebenen zusätzlich zur Quotenregelung
1950	Erhöhung der Vertriebenenquote auf 339.000
1952	<i>McCarran-Walter Immigration and Naturalization Act</i> , Eliminierung der Begrenzungen aufgrund von Rasse und Ethnie. Einführung einer nationalen Quote sowie eines Präferenzsystems für Familienangehörige und qualifizierte Berufsfachleute. Wirtschaftliche Bedürfnisse und Interessen des Landes als Auswahlkriterien, Quoten für qualifizierte Arbeitskräfte und Familienangehörige, jährliche Einwanderungshöchstgrenze 250.000 Personen. Beschränkung der asiatischen Einwanderung auf jährlich maximal 2000 je asiatischer Nationalität
1953	<i>Refugee Relief Act</i> zur Einwanderung von Flüchtlingen außerhalb der Kontingentierung
1957	<i>Refugee Escape Act</i> , Erleichterung der Einwanderung von Flüchtlingen
1960	<i>World Refugee Year Law</i> , erneute Erleichterung der Aufnahme von Flüchtlingen
1962	<i>Migration and Refugee Assistance Act</i> , zusätzliche Erleichterung der Aufnahme von Flüchtlingen
<b>Quelle: Schneider-Sliwa, Rita, USA. Geschichte, Wirtschaft, Geographie, Politik. Darmstadt 2005, S. 108</b>	

Es begann die dritte Phase der „reglementierten Einwanderung“. Den Anfang machte 1921 das Einwanderungsverbot für Japaner und die Einführung eines Quotensystems. Mit der Quotierung der Einwanderung auf 3 Prozent der Anteile an den jeweiligen Bevölkerungsgruppen vor 1890 sank gleichzeitig auch die Zahl der Einwanderer von über 800.000 im Jahr 1921 auf weniger als 150.000 im Jahr 1930. Die Einwanderungsströme wurden nachhaltig verändert: Vom nord-, west- und mitteleuropäischen Anteil von nur noch 20,2 Prozent zwischen 1910 und 1914 und einem Anteil Ost- und Südosteuropäer von 79,8 Prozent wandelten sich die Anteile bis 1950 wieder auf 79,5 Prozent aus West-, Nord- und Mitteleuropa und nur noch 20,5 Prozent aus Ost- und Südosteuropa und stiegen erst nach 1963 wieder in Folge des Kalten Krieges und der Position der USA in Bezug auf den Ostblock auf 38,6 Prozent aus diesen Herkunftsgebieten (Abbildung 1-1).

**Abbildung 1-1: Legale Einwanderung 1951-2004**



	1951-1960	1961-1970	1971-1980	1981-1990	1991-2000	2001-2004
Europa	1,325	1,123	0,800	0,762	1,360	0,588
Asien	0,153	0,428	1,588	2,738	2,796	1,215
Nord- und Mittelamerika	0,742	1,364	1,477	2,427	2,764	1,209
Mexiko	0,299	0,454	0,640	1,656	2,249	0,711
Südamerika	0,092	0,258	0,296	0,462	0,540	0,265
Andere	0,099	0,074	0,123	0,219	0,453	0,310

**Quelle: U.S. Department of Homeland Security/Office of Immigration Statistics, 2004 Yearbook of Immigration Statistics, Washington, D.C. 2006, S. 7 f.**

Obwohl die Quotierung von Einwanderern mit dem Prinzip der Gleichheit des ursprünglich gewählten Gesellschaftsideals nicht vereinbar war, hielten die USA daran fest, auch als sich humanitäre Erwägungen z. B. bei den Verfolgten des NS-Regimes angeboten hätten. Die strengen Einwanderungsbestimmungen wurden in dieser Zeit nicht gelockert, sondern es wurde nur einem Minimum an Einwanderern die Aufnahme gewährt. Auch die nach der Reichspogromnacht international bekannt gewordene Verfolgung der Juden wurde nicht zum Anlaß genommen, die Quotenregelung zu entschärfen. Die schon in den 1910er Jahren geführte öffentliche Debatte über die jüdische Einwanderung wurde auch während den 1930er Jahren geführt und in den Kontext der 10 Mio. Arbeitslosen in den USA gestellt, gestärkt

durch rechtsextreme Verbände, aber auch eine breite Öffentlichkeit, die Restriktionen gegen jüdische Einwanderung unterstützte und selbst einen Kongreßantrag von 1939 zum Scheitern brachte, 20.000 jüdische Kinder über die Quotenregelung hinaus aufzunehmen (Dinnerstein/Reimers 1988: 80 f.). Ressentiments gegen die als fremdkulturell empfundene Bevölkerungssegmente führten während der Kriegszeit auch zur Internierung von 110.000 Bürgern japanischer Abstammung, die unter großen Entbehrungen in Lagern gefangen gehalten wurden und erst Jahrzehnte später Wiedergutmachung von der amerikanischen Regierung einfordern konnten.

Die auf Ländern beruhende Quotenregelung wurde erst durch die Einwanderungsgesetzgebung von 1965 geändert, welche nicht Quoten per se, sondern die Bemessungsgrundlage änderte. Unabhängig von den Herkunftsländern wurden Quoten nach Berufsgruppen und den jeweiligen Engpässen auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt bestimmt. Die Umorientierung auf Nützlichkeitsabwägungen entsprach einer gewissen Tradition, die auch während des Industriekapitalismus des 19. Jahrhunderts die zum damaligen Zeitpunkt dringend gesuchten Arbeitskräfte ins Land zogen. Die nach 1965 verzeichneten Einwanderströme hatten das für die postindustrielle Gesellschaft typische Ausbildungsprofil und brachten eine hochausgebildete Elite (*brain drain*), vorwiegend aus Indien und lateinamerikanischen Ländern in die USA. Dabei wurde aus politischen Gründen – als Bollwerk im Kalten Krieg sowie aus Gründen der Allianzbildung gegen aufkommende revolutionäre Tendenzen in Lateinamerika – sowie wegen der Monroe-Doktrin von 1821 („Amerika den Amerikanern“) der westlichen Hemisphäre als Interessensgebiet der USA Präferenz gegeben und für diese die zahlenmäßige Einwanderungsbegrenzung aufgehoben. Aufgrund dieser Regelungen wurden z. B. 1973 im Zensus mehr als 10 Mio. Menschen hispanischer Herkunft erfaßt und im Jahr 2004 über 40,7 Mio. (U.S. Bureau of the Census 2005a: 15).

## 1.2 Der Umgang mit den Kulturen – das Selbstverständnis der Amerikaner

Moral und Ethik basieren auf sozialen Wertordnungen, die in jeder Kultur anders definiert sind. In den USA sind Moral- und Ethikvorstellungen einer puritanisch-calvinistischen Gesellschaft über Jahrhunderte zur vorherrschenden Norm kultiviert worden, in der das Streben nach individuellem Wohlstand ebenso moralischer Grundwert wie die dazu nötigen Maßnahmen waren, wie z. B. die Sklavenhaltung. Die amerikanische Sozialisation brachte jeder Generation diese grundsätzlich amerikanischen Werte bei, die aus einer ursprünglich europäisch-kollektiven Gesellschaftsstruktur eine individualistische entstehen ließ. In dieser Gesellschaft, die zum Vorbild der europäischen Revolutionen und des Gedankens von Freiheit und Gleichheit wurde, bedeutete letztlich individuelle Freiheit auch Akzeptanz von Ungleichheit. Die Freiheit des Einzelnen wurde zum Normwert von Verfassung und Politik, welche lediglich eine über dreihundertjährige koloniale Tradition amerikanischer Wirklichkeit institutionalisierten und damit zum Leitwert der politischen Kultur der USA machten. Individualismus war eine zentrale Konstitutionsbedingung dieser Demokratie noch bevor sie sich eine

Verfassung gab, in der das Streben nach Glück und Selbstentfaltung als Grundrecht anerkannt wurde. Charakteristikum dieser Demokratie war ein Mensch, der allein aus religiös geprägter Geisteshaltung und Eigenverantwortlichkeit handelte. Der so verstandene Individualismus „ist eine überlegte und friedliche Anschauung, die jeden Staatsbürger geneigt macht, sich von der Masse zu isolieren und sich mit seiner Familie und seinen Freunden abseits zu halten; so überläßt er gerne die große Gesellschaft sich selbst, nachdem er sich eine kleine Gesellschaft zum eigenen Gebrauch geschaffen hat. [...] Der Individualismus ist demokratischen Ursprungs und seine Entwicklung droht mit der fortschreitenden Gleichheit zu wachsen“ (Tocqueville 1985: 238 f.).

Das Hochstilisieren des Individualismus war mehr als einfacher Mechanismus, um eine Demokratie aufzubauen, vielmehr wurde er als religiös begründet und daher als unantastbar angesehen. Die strengreligiösen puritanischen Einwanderer sahen in Amerika das „Neue Jerusalem“ und einen zweiten Neuanfang der Menschheit. Prediger und religiöse Führer machten deutlich, daß das Neue Land gleichbedeutend mit „Freiheit von Sünde und Irrtum“ sei und eine bessere Möglichkeit böte, ein gottgefälliges Leben zu führen (Boorstin 1965; Lerner 1960; Persons 1975; Hall 1959). Mit der Metapher vom „Neuen Jerusalem“, einem mit Bedacht gewählten und im 16. und 17. Jahrhundert weithin bekannten Leitbild für utopische Gesellschaften wurde von Beginn an die moralische Überlegenheit der religiösen Werthaltung der Einwanderer der ersten Stunde als Neuanfang für die gesamte amerikanische Zivilisation zementiert. Dabei wurde dieses religiöse Selbstverständnis der Puritaner von der Vorstellung genährt, daß der amerikanische Kontinent selbst Teil des göttlichen Heilsplanes sei (Fluck 1999: 726). Amerika war das Gelobte Land, das, so der Glaube, von der göttlichen Vorsehung auserwählt sei. Dieser Glaube an den Exzeptionalismus Amerikas, der sich über die Generationen bis in die amerikanische Gegenwartsgesellschaft und -politik fortsetzte und in dem Amerika, aber auch das Individuum Teil des göttlichen Heilsplanes waren, machte es von jeher schwer, von der vorherrschenden Meinung abzuweichen. Amerikas religiös begründeter Exzeptionalismus, das nach dem göttlichen Heilsplan lebende Individuum einer *White Anglo Saxon Protestant (WASP)* Prägung sowie Anglokonformität wurden zur vorherrschenden Gesellschaftsnorm hochstilisiert, eine Norm, an der bis in die Gegenwart jeder neue Einwanderer oder fremdkulturelle Einwohner gemessen wird.

Mit Amerika wurde also nicht nur eine ahistorische Situation, sondern eine Neue Welt für einen neuen Persönlichkeitstypus (*new breed*) geschaffen. Die individualistische und zugleich pluralistische Gesellschaft der Einwanderer bedurfte besonderer Mechanismen, um eine nationale Identität zu erzeugen, das Land in Wert zu setzen und innere Stabilität zu garantieren. Als Mechanismen dienten sorgfältig kultivierte Mythen. Als neues Credo (*new creed*) propagiert, machten sie Amerika über vier Jahrhunderte selbst zum mythischen Raum, zur normativen Idee und zur kollektiven Metapher für individuelle Freiheit. Amerika wurde zur Vorstellung vom Gelobten Land (Zöller 1992: 286 f.; Kamphausen 1992: 260). Die bewußte Einpflanzung von religiös fundierten Mythen – von der Auserwähltheit Amerikas, der Einzigartigkeit des in diesem Lande lebenden neuen Menschentypus, von dem Sendungsbewußtsein, sich die *frontiers* dieses Garten Edens untertan zu machen u. v. m. – machte individuelles Glück und Wohlstand zum Garanten von Freiheit, Mündigkeit und Selbstentfaltung. Die Individualisierung wurde zugleich zur „Amerikanisierung“ in der zunächst religiös

gesehenen „Neuen Welt“, später in der säkular gewordenen Industriegesellschaft entlang der *frontiers* des sich ausdehnenden Wirtschaftsraumes.

Die religiös eingebetteten Gründungsmythen und ihre säkularen Gegenstücke dienten zugleich mehreren Zielen, um sowohl die religiös motivierten wie auch die weltlich orientierten neuen Amerikaner mit ihrer ganzen Pluralität der Herkunftsgebiete in eine neue und einheitliche Gesellschaftsform zu gießen: Die nationalen Mythen sollten das Bild eines erfolgreichen Individuums zeichnen und verklären. Galt schon in der puritanischen und calvinistischen Verhaltensethik das Streben nach sozialem und materiellem Erfolg als Teil eines Gnadenbundes mit Gott, den die Menschen durch Tüchtigkeit, Selbstdisziplin und Eigenverantwortlichkeit einzuhalten hatten, so war es derselbe Erfolgsmythos vom „Glück des Tüchtigen“, der in einer von Millionen Einwanderern geprägten Zeit des Industriekapitalismus als Mörtel dienen konnte, alle Neuankömmlinge auf Hingabe zu diesem Land, das ihnen den Erfolg bescheren konnte, einzuschwören. Der bewußt säkular orientierte Erfolgsmythos, propagiert von Benjamin Franklin und anderen, der sich in der immer wiederkehrenden Erfolgsgeschichte Einzelner, die es vom Tellerwäscher zum Millionär brachten, zu bewahrheiten schien, diente somit allen, unbeeinträchtigt von ethnischer Herkunft, Religion oder Kultur als das verbindende Element für einen totalen persönlichen Einsatz im neuen Land. Diesem brachte es wiederum im kollektiven Handeln aller Einwanderer und Einwohner die nötigen Antriebskräfte für die aufstrebenden Industrien und die nationalen Wirtschaftsinteressen, welche wiederum mit einem weiteren Mythos bzw. einer nationalen Ideologie der „Vorbestimmung für die Welt“ (*Manifest Destiny* von 1838), ferner einer Ausdehnung des Radius der amerikanischen Wirtschaftsinteressen (Monroe-Doktrin von 1823) untermauert wurden.

Insbesondere der „Amerikanisierungs-Mythos“, der von 1782 (durch Hector St. John de Crèvecoeur propagiert) bis in das frühe Jahrhundert unterschiedliche Aspekte der Persönlichkeitsbildung des „Amerikaners als neuem Menschentypus“ hervorhob – darunter in der frühen Phase das Ideal des einfachen, naturverbundenen, agrarisch lebenden Menschen, in der industriellen Phase des *frontiersman* und in der Phase der größten Einwanderungswellen das des Schmelztiegels –, sollte in hervorragender Weise dazu dienen, die einwandernden Kulturen zu assimilieren bzw. in ihrer Eigenart zu integrieren und gleichzeitig darin zu unterstützen, „echte Amerikaner“ im Sinne des „neuen Menschenschlages“ zu werden. Mit dem gleichnamigen Broadwaystück *Melting Pot* von Israel Zangwill von 1908 – kurz nach einer Hochphase der ost- und südosteuropäischen und jüdischen Einwanderung sowie der darüber geführten öffentlichen Debatte zur Überfremdung – wurde die Idee des Schmelztiegels zudem enorm popularisiert. Nationale Mythen, die Amerika für sich erfand, sind diese Ideen dahingehend, als daß die geschichtliche Realität für die Einwanderer eine ganz andere war und Fremdenhaß, Nichtintegration und Nichterfolg vieler Einwanderer den „Schmelztiegel Gottes“, in dem alle Völker ineinander verschmelzen und zu erfolgreichen Amerikanern werden, diametral entgegenstand. Ein wichtiger Grund liegt darin, daß zu jenem Zeitpunkt die so genannte amerikanische Identität seit fast dreihundert Jahren eine überwiegend angloamerikanische gewesen war. Wegen der Dominanz der *WASP*-Kultur bedeutete das verschmelzen in erster Linie die Anpassung der Einwanderer an die vorherrschenden gesellschaftlichen Normen eines Bevölkerungssegments, nämlich des angloamerikanischen. Zwar widersprach diese Art von Assimilation der Idee des Individualismus und kulturellen Pluralismus prinzipiell, allerdings verstand sich die angloamerikanische Identität als eine, in der die Anpas-

sungsprozesse zur Bereicherung des Individuums und der Gesellschaft beitragen sollten. Amerikanismus galt im kulturellen Selbstverständnis also quasi als höhere Identitätsebene, die Individualismus und kulturellen Pluralismus dann einschloß und akzeptierte, wenn der Anpassungswille an die angloamerikanische „Leitkultur“ und die Loyalität zur Nation über allem standen.

Von Anfang an bewirkte das Einschwören auf die gemeinsamen Grundwerte des Landes (Gründungsmythen; Exzeptionalismus, Individualismus und zugleich Pluralismus) und die Rolle des Individuums (Sendungsbewußtsein, Erfolgsmythos, Assimilations- bzw. Anpassungspflicht im *melting pot*) eine über alle Kultur-, Glaubens- und Klassenschranken hinwegreichende Nivellierung und Amerikanisierung. Das Einschmelzen der unterschiedlichen Immigrantenkulturen in Amerika bedeutete nicht, seine herkunftsbedingte Identität aufzugeben, sondern sich zusätzlich bewußt zu der neuen, amerikanischen Identität zu bekennen. Dazu gehörte das Annehmen des *American Way of Life* mit seinen Idealen und Werten. Amerikaner war man nicht nur durch Geburt, sondern durch innere Identifikation mit jenen Werten, die man in ihrer Gesamtheit als *American Creed* bezeichnet. In der Nivellierung der Geisteshaltung auf das amerikanische Credo lagen also der Schwerpunkt, den Amerika sich als Einwanderungsgesellschaft gab, und auch die „drohende Gefahr der Mehrheit“ (Tocqueville 1985: 150 f.):

*„Ich kenne kein Land, in dem im Allgemeinen weniger geistige Unabhängigkeit und wirkliche Diskussionsfreiheit herrscht als in Amerika [...]. In Amerika zieht die Mehrheit einen drohenden Kreis um das Denken [...]. Die Inquisition hat niemals verhindert, daß in Spanien Bücher umliefen, die der Religion der Mehrzahl widersprachen. Die Herrschaft der Mehrheit kann es besser: Sie hat sogar den Gedanken getilgt, sie zu veröffentlichen.“*

Derartige Beobachtungen bewahrheiteten sich über 120 Jahre später noch in der von Joseph McCarthy geprägten Ära, die von Denunziantentum, Berufsverbot und Bestrafung Andersdenkender gekennzeichnet war.

Amerikanisierung und die Einheit der Nation – bezeichnenderweise auf Münzgold zusammengebracht mit den Aufschriften *In God we trust* sowie *E Pluribus Unum* – wurden also auf einer ideengeschichtlichen Tradition errichtet, die aus bestimmten Glaubensüberzeugungen entstanden war und das amerikanische Selbstverständnis entscheidend prägte. Das im Vergleich zu Europa geschichtslose Amerika hat als Land jedoch eine längere ungebrochene ideengeschichtliche Tradition (Kamphausen 1992: 264). In einer auf Individualismus und Pluralismus angelegten multikulturellen und sich immer stärker ausdifferenzierenden Gesellschaft hatten die Gründungsmythen die Rolle, in dem Vielvölkerstaat, der als Einheit nur schwer so lange hätte bestehen können, jedem Einwanderer und jeder Kulturgruppe die Möglichkeit zu vermitteln, ihre eigene Identität und Sprache bewahren zu können und dennoch gerne freiwillig zu der neuen Nation gehören zu können, so jedenfalls die amerikanische Selbstinterpretation (Zöllner 1992: 298–302). Dabei haben die Mythen nicht nur überdauert, sondern eine stetige Vertiefung erfahren. Sie gehören nach wie vor zu den Mechanismen, die das Selbstbildnis der amerikanischen Gesellschaft jeder weiteren Generation vermitteln.

## 1.3 Der Umgang mit dem Fremdkulturellen – die Realität

Die historische Perspektive zeigt sehr deutlich, daß die Bundesregierung den verschiedenen Ethnien und Minderheiten gegenüber nur eine begrenzte Toleranz hegte. Die Geschichte der ethnischen Gruppen und auch der heutigen multiethnischen Gesellschaft ist ein Wechselspiel von Immigration und restriktiver Politik dem Fremden gegenüber (Bennett 1963; Cafferty et al. 1983; Hofstetter 1984; Zimmermann/Fix 1995), welche sich immer wieder in Abschottung gegen gewisse Bevölkerungselemente äußerte. Somit ist die bundespolitische Tradition bedeutsam für die zukünftige Entwicklung der multikulturellen Gesellschaft und den Umgang der öffentlichen Verwaltung mit ihr. Die Geschichte zeigt, daß phasenweise Millionen von Fremdarbeitern im Ausland für amerikanische Industrien rekrutiert wurden, dokumentiert aber auch das Bestreben, im Nichtbedarfsfall ausgewählten Personenkreisen zeitweise den Zugang mit Hilfe von gesetzlichen Regelungen zu verwehren. Dies betraf zunehmend Menschen aufgrund ihrer Herkunftsländer, Ethnie oder Rasse (Tabelle 1-1). Höchste Einwanderungszahlen, gefolgt von dramatischen Abnahmen nach Einwanderungsbeschränkungen deuten die Ambivalenz dem Fremden gegenüber an (Hutchinson 1981; Dittgen 1995). Historisch dokumentiert ist auch der Fremdenhaß in den Medien und Kongreßdebatten sowie der Antisemitismus nach 1900, der sich mit der Emigration von Juden aus dem von Pogromen gezeichneten Rußland massiv verstärkte, obwohl jährlich nur verhältnismäßig wenig Juden einwanderten. Mit 153.000 im Jahr 1907 wurde zwar die höchste jemals erreichte Anzahl registriert, dennoch stellten sie nur einen kleinen Anteil des gesamten Einwanderungsstromes dar. Der historische Abriß zeigt ein Amerika, das abweichend von seinem in der Verfassung festgesetzten Ideal, fremd- oder andersartig erscheinende Einwanderer und ansässige Bevölkerungsgruppen nicht immer offen aufnahm. Gerade während Kriegszeiten und Wirtschaftskrisen gab es Perioden tiefgreifenden Fremdenhasses. Die Regierung reagierte auf Überfremdungängste mit schärfsten Einwanderungsgesetzen und Restriktionen. Bis zur Zweihundertjahrfeier der Unabhängigkeit 1976 war es auch nicht üblich, seine ethnische Herkunft zu betonen. Im Zuge der Festlichkeiten für den Mythos Amerika fand durch das Traditionsereignis eine Rückbesinnung auf die kulturellen Werte statt bzw. wurde eine gewisse Ethno-Romantik modern und auch zum Markt und Wirtschaftsfaktor.

Während es wieder en vogue ist, seine ethnische Herkunft zu betonen („I am German“, „I am Irish“, „I am Greek“) – vor allem, wenn die vor Generationen eingewanderten Familienvorfahren nord- oder mitteleuropäischer Herkunft waren und man sich rein äußerlich kaum von der *WASP*-Norm unterscheidet – gilt dies weniger für Menschen anderer Rasse. Das Anglo-amerikanische unterscheidet mit sehr feiner Konnotation zwischen ethnischer Herkunft, z. B. Griechen erster, zweiter oder dritter Generation, wobei „ethnisch“ bedeutet, daß man nicht *WASP* ist, aber (dennoch auch) ein interessantes Kulturerbe hat, wobei letzteres häufig auf ein paar Traditionen (*St. Patrick's Day Parade* für die Iren oder das Kulinarische für Personen mediterranen Ursprungs) reduziert. Der Begriff *race* dagegen ist ein statistisch-formaljuristisch korrekt gebrauchter, nicht wie im Deutschen negativ belegter Begriff und unterscheidet Menschen aufgrund biologisch-genetischer Merkmale. Während es seit 1976 in Mode kam, sich als US-Amerikaner auch seiner ethnischen Herkunft zu besinnen, verhielt es

sich mit dem Merkmal *race* anders. Hier signalisierte seit der Bürgerrechtsbewegung beispielsweise der Slogan *Black is beautiful* nicht, daß es „in“ war, schwarz zu sein, sondern daß Afroamerikaner auch Menschen und Bürger waren. Die Bürgerrechtsgesetze, deren Nachbesserungen und neue Praktiken der öffentlichen Verwaltungen haben dies seither anerkannt, jedoch sind in der Gegenwartsgesellschaft nicht alle Ressentiments verschwunden, die der Bürgerrechtsbewegung zugrunde lagen. Während die Akzeptanz für das Ethnische als Differenzierungsmerkmal der Weißen (!) heute hoch ist, gilt nicht das Gleiche für *race*, vor allem, wenn die einer anderen Rasse zugehörenden Menschen auch eine andere kulturelle Identität pflegen wie z. B. Afroamerikaner, die sich sprachlich durchaus bewußt von der *WASP*-Normkultur abheben (*Black English*). Sofern Personen anderer *race* kulturelle Normen und Werte wie Fleiß, Tüchtigkeit, haben, die die *WASP*-Kultur als die ihrigen ansieht – dies ist der Fall bei vielen ostasiatischen Kulturen – ist a priori eine höhere Anglokonformität gegeben, wobei die Anpassungsfähigkeit, die ein hoher Wert in einigen asiatischen Kulturen ist, dazu verhilft, in der Gesellschaft Erfolg zu haben, die zwar schon längst statistisch gesehen keine anglo dominierte mehr ist, die aber noch eine Dominanz der *WASP*-Normen kennt.

## 1.4 Ausgewählte Einwanderungsgruppen, „vergessene“ Bevölkerungssegmente

### 1.4.1 *Hispanics*

Die größte Einwanderungsgruppe in der Nachkriegszeit stellt die Latinobevölkerung (*Hispanics, Spanish surname population*). Laut statistischem Bundesamt waren 2004 41,3 Mio. von 293,7 Mio. Menschen, also 13 Prozent, hispanischer Herkunft. Die Latinobevölkerung (wobei laut Zensus gilt: „Hispanics may be of any race“) wuchs zwischen 1970 und 1980 um 61 Prozent, zwischen 1980 und 1990 um 53 Prozent und zwischen 1990 und 2000 um 58 Prozent. Sie ist damit die am schnellsten wachsende der USA. Die *Hispanics* bilden zusammen mit den Afroamerikanern (2004: 37,5 Mio.) die größte Minderheit (U.S. Bureau of the Census 2005a: 16). Rechnet man die Zahl der nicht erfaßten, illegalen hispanischen Einwanderer hinzu, von denen rund 50 Prozent aus Mexiko stammen, handelt es sich um die größte Minderheit. Die Latinobevölkerung der USA ist nach Mexiko, Spanien, Kolumbien und Argentinien die fünftgrößte der Welt. Räumlich konzentriert sind rund drei Viertel von ihnen in den fünf größten Bundesstaaten Kalifornien, Texas, New York, Florida und Illinois. Ebenfalls wurden rund 77 Prozent von ihnen nicht in den USA geboren und 44 Prozent aller *Hispanics* leben seit weniger als 10 Jahren in den USA. Sie dokumentieren rein statistisch gesehen das Ende der *WASP*-Society, auch wenn diese es noch nicht ganz erkannt hat.

*Hispanics* sind in vielerlei Hinsicht eine bedeutende gesellschaftliche Kraft. Allein über 100 Fernseh- und Radiostationen senden in Spanisch. In Chicago, Philadelphia, Los Angeles und anderen Städten sind Beschilderungen im öffentlichen Raum oder im öffentlichen Verkehr nicht selten zweisprachig. In einigen Bundesstaaten und vielen Stadtregionen sind Menschen

spanischer Muttersprache die Mehrheit, weswegen die Bundesregierung bereits 1977 das *Office of Hispanic Affairs* einrichten ließ. Mittlerweile sind in fast allen Bundesstaaten entsprechende Einrichtungen vorhanden und die Bundesregierung hat mit dem *Office of Bilingual Education and Minority Affairs/Department of Education* zusätzliche Institutionen geschaffen, um der Integration und Multikulturalität der *Hispanics* Rechnung zu tragen. Trotz der Tatsache, daß die *Hispanics* mittlerweile die stärkste Minderheit bilden, konnten sie bislang kaum politische Repräsentanz gewinnen. Im 109. Kongreß (2005-2007) gab es zwei Senatoren hispanischer Herkunft, lediglich 23 Abgeordnete waren Latinos (Stanley/Niemi 2006: 207). Wegen des Festhaltens an Wahlbezirkseinheiten, die mit den neuen Konzentrationsgebieten hispanischer Bevölkerung nicht übereinstimmen, konnte die für die Gesetzgebung wichtige Repräsentanz in Bezug auf zentrale Anliegen nicht gewonnen werden – Einwanderung, Gesundheitswesen, Ausbildung und Mindestlohnregelung zählen dazu. Gerade im Gesundheitsbereich sind jedoch Präventivmaßnahmen für die verschiedenen hispanischen Bevölkerungssegmente besonders wichtig. So stellen diese Gruppen beispielsweise einen Anteil von nur 13 Prozent an der Gesamtbevölkerung, machen jedoch 19 Prozent aller neu registrierten HIV-Fälle aus. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Infektion ist bei der hispanischen Bevölkerung 22mal größer als bei der weißen, nicht hispanischen Bevölkerung (National Center for Health Statistics 2005: 22). Auch ist bei ihr ein Phänomen zu beobachten, daß als *healthy migrant paradox* bekannt ist, nämlich daß fast alle Latino-Immigranten in der Phase der Nichtakkulturation kurz nach der Einwanderung noch einen relativ guten Gesundheitszustand aufweisen, der besser ist, als es ihr niedriger soziokultureller Status erwarten ließe, während sich bei längerer Aufenthaltsdauer in den USA und steigendem Akkulturationsgrad sich bei allen Latinogruppen der Gesundheitszustand verschlechtert. Dies wird darauf zurückgeführt, daß die Anpassung an die neue Gesellschaft einerseits auch die Anpassung an negative Konsumgewohnheiten bedeutet, ferner daß der Bruch mit den früheren sozialen Netzen, Isolation, Anpassungsschwierigkeiten und Diskriminierung sowie Umweltgifte am Arbeitsplatz Schädigungen bringen (Flack et al. 1995; National Center for Health Statistics 2005).

## 1.4.2 Indianer – *native Americans*

Die Volkszählung 2000 wies 1,5 Prozent der 281,4 Mio. Amerikaner, also 4,1 Mio. Menschen, als amerikanische Indianer und Ureinwohner Alaskas (*native Americans*) aus, wovon 2,5 Mio. sich als Indianer und 1,6 Mio. Personen sich als gemischtrassige Indianer deklarierten (Grieco/Cassidy 2001: 8). Indianer wurden seit dem Zensus 1790 erfaßt, aber erst seit 1860 als eigene Bevölkerungsgruppe dokumentiert. 1890 begann man, auch die in Reservaten lebenden Indianer zu erfassen. Die Zensusregionen im Westen hatten im Jahr 2000 die größte indianische Bevölkerung in absoluten Zahlen und Prozentanteilen: 2,8 Prozent der Bevölkerung im Westen, 1,3 Prozent im Süden, 1,1 Prozent im Mittelwesten und 0,7 Prozent im Nordosten. Über die Hälfte aller Indianer und Ureinwohner der USA einschließlich Alaskas leben heute in relativ wenigen Großstädten. Die zehn Bundesstaaten mit den größten Anteilen der indianischen Bevölkerung (insgesamt 62 Prozent der Indianer) sind nach dem Zensus 2000: Kalifornien (627.562 Personen), Oklahoma (391.946), Arizona (292.552),

Texas (215.599), New Mexico (191.474), New York (171.581), Washington (158.940), North Carolina (131.736), Michigan (124.412), Alaska (119.241) sowie Florida (117.880).

Armut, die sowohl infrastrukturbedingt ist als auch ein strukturelles Problem der Bevölkerung darstellt, ist eines der Probleme, mit denen Indianer heute kämpfen. Eng damit verknüpft sind armuts- und bildungsbedingte Hindernisse, in der Gesellschaft aufsteigen zu können, und auch massive gesundheitliche Beeinträchtigungen, die ebenfalls mit Armut in Zusammenhang gebracht werden können.

Mangelnde soziale Akzeptanz der Indianer zeigt sich gegenwärtig z. B. an der gegen sie verübten Kriminalität. Berichten des Justizministeriums zufolge werden Indianer mehr als doppelt so häufig wie der amerikanische Durchschnitt Opfer gewalttätiger Verbrechen. 70 Prozent der gegen Indianer verübten Verbrechen werden von Menschen anderer Rassenzugehörigkeit verübt, was einen weitaus größeren Prozentsatz darstellt, als dies bei weißen oder schwarzen Kriminalitätsopfern der Fall ist. Aus diesem Grund leitet das *Department of Justice* eine rassistische Motivation hinter den Straftaten ab.

Zu den Gesundheitsproblemen bei Indianern gehört Diabetes (Typ II) und seine Folgekrankheiten. Mit 15 Prozent Diabeteskranken sind Indianer 2,5mal stärker betroffen als die weiße, nichthispanische Bevölkerung der gleichen Altersgruppen. Das bundeseigene *Center for Disease Control* geht davon aus, daß die Anteile tatsächlich viel höher liegen. So zeigten Studien, daß 40 bis 70 Prozent der Indianer zwischen 45 und 74 Jahren im Allgemeinen sowie fast ein Viertel der Navajos über 20 Jahren Diabetes hatten und weitere 7 Prozent unerkannt an der Krankheit litten. Diese Krankheit zieht sich durch alle Indianergruppen, wo einzelne besonders gut erforscht wurden, zeigt sich die wahre Dimension des Problems. So fand man bei den Pima-Indianern über 30 Jahren 50 Prozent betroffen. Als Ursachen gelten genetische Veranlagungen wie Glukose-Unverträglichkeit, medizinische Risikofaktoren, ungesunde Lebensführung und auch Hunger. Die Bundesregierung reagierte 1996 mit dem *Diabetes Prevention Program* für Indianer.

### 1.4.3 Afroamerikaner

Die nach der Bürgerrechtsbewegung neu erlassenen Antidiskriminierungsgesetze schärften das Bewußtsein der öffentlichen Verwaltungen und eines Teiles der Öffentlichkeit für die Beachtung von Bürgerrechten und der *political correctness*. Nach der offiziellen Gleichstellung in allen Bereichen ersetzte bei der schwarzen Bevölkerung der Kampf um das wirtschaftliche Überleben den Kampf um die Gleichberechtigung. Die heutige sozioökonomische Situation der schwarzen Bevölkerung ist von massiven Ungleichgewichten gekennzeichnet. Als größte Minderheit zusammen mit den *Hispanics* sind sie die Bevölkerungsgruppe mit den niedrigsten Anteilen an berufsqualifizierender Ausbildung, gleichzeitig mit den höchsten Anteilen an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Zwischen 1980 und 2004 stieg die afroamerikanische Bevölkerung von 26,7 Mio. auf 37,5 Mio. an (U.S. Bureau of the Census 2005a: 16). Ihre Anzahl in den innerstädtischen Gebieten hat zugenommen. *Black suburbanization*, der Wegzug afroamerikanischer Haushalte in Vororte, ist kein Massenphänomen, sondern eines, bei dem es aus innerstädtischen Ghettos heraus *spill over*-Effekte in angrenzende Jurisdiktionen gibt, was z. T. von der Innenstadtsanierung und den sie beglei-

tenden Verdrängungsprozessen begünstigt wird. Zwar hat sein den ausgehenden 1970er Jahren auch auf lokalpolitischer Ebene eine massive Vertretung afroamerikanischer Interessen aufgrund der Tatsache eingesetzt, daß einige Metropolen von schwarzen Bürgermeistern regiert werden. Dennoch ist die amerikanische Gegenwartsgesellschaft eine duale, sich stetig auseinander entwickelnde, was auch die neuesten Zensusergebnisse und neue Phänomene der sozialen Ausdifferenzierung wie *gated communities* dokumentieren. Die Armut der Schwarzen ist anteilmäßig weiter verbreitet als in der weißen Bevölkerung und zeigt sich in einer spezifischen räumlichen Manifestation, die auch die Züge des *environmental racism* annehmen kann, wenn z. B. gesundheitsschädigende Deponien im engsten Umfeld afroamerikanischer Stadtviertel errichtet werden.

#### 1.4.4 Die USA als multikulturelle Gesellschaft

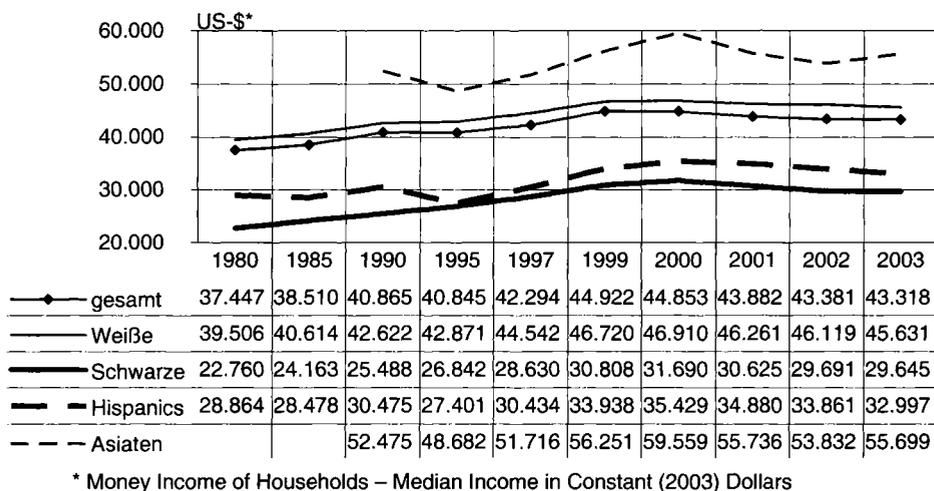
Vergangene und gegenwärtige Entwicklungen machen deutlich, daß es einen „Schmelztiegel“ nie gegeben hat und daß dieser auch nicht angestrebt ist oder war. Das neue Schlagwort von der „multikulturellen Gesellschaft“ signalisiert, daß Assimilierung der verschiedenen Einwanderergruppen und Ethnien nicht mehr angestrebt wird. Zwar wird in dem neuen Begriff Akzeptanz der Andersartigkeit, die Rückbesinnung auf das kulturelle Erbe und die harmonische Koexistenz verschiedener Bevölkerungsgruppen angedeutet. Historische und aktuelle Entwicklungen machen jedoch deutlich, daß die so genannte multikulturelle Gesellschaft eine zutiefst segregierte, mit einer ungelösten und sich beständig verschlechternden Sozialproblematik ist. Zwar sollte es in der Vorstellung der Amerikaner von ihrem Land es jeder zu etwas bringen können, ohne durch Rasse und Hautfarbe oder Geschlecht behindert zu werden. Die USA sind jedoch bis heute kein klassisch integrierter Sozialstaat geworden. Es gibt starke Tendenzen zur Auseinanderentwicklung, zur Segregation und zur Verschärfung von Disparitäten zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

### 1.5 Einkommensdisparitäten, Armut und Parallelgesellschaften: soziale Differenzierung

#### 1.5.1 Einkommensentwicklung im Überblick

Ungleichheiten entstanden schon in der kolonialen sowie in der frühen amerikanischen Gesellschaft. Das heutige Gesicht der Ungleichheit läßt sich in vielfältiger Weise dokumentieren. Das mittlere Haushaltseinkommen (*median income*) betrug im Jahr 2003 US-\$ 43.318. Das mittlere Einkommen afroamerikanischer und hispanischer Haushalte betrug US-\$ 29.645 bzw. 32.997. Während weiße, nicht hispanische Haushalte US-\$ 45.631 verzeichneten, wiesen asiatische Haushalte ein mittleres Jahreseinkommen von US-\$ 55.699 auf (Abbildung 1-2).

Abbildung 1-2: Mittleres Haushaltseinkommen in den USA 1980-2003 (ausgewählte Jahre)



Quelle: U.S. Bureau of the Census, Statistical Abstract of the United States, 2006: The National Data Book, Washington, D.C. 2005, S. 460.

Von Frauen geführte Familienhaushalte zeigten zwischen 1999 und 2000 einen Einkommenszuwachs von US-\$ 27.042 und 28.116. Das Einkommen von Haushalten ausländischer Herkunft stieg im gleichen Zeitraum von US-\$ 37.250 auf 38.929. Die regionale Einkommensentwicklung weist den Nordosten in der gleichen Periode als einzige Wachstumsregion aus; dort erhöhten sich die mittleren Einkommen von US-\$ 43.394 auf 45.106. In metropolitanen Gebieten stiegen die Einkommen im selben Zeitraum von US-\$ 44.222 auf 44.984, während sie im suburbanen Raum von US-\$ 39.311 auf 50.262 anwuchsen. Vollzeit arbeitende Männer mußten erstmals seit mehreren Jahren einen Einkommensrückgang von US-\$ 37.701 auf 37.339 hinnehmen, während das mittlere Einkommen von Frauen zwischen 1999 und 2000 bei US-\$ 27.355 stagnierte. Auffallend bleibt damit, daß Vollzeit arbeitende Frauen noch im Jahr 2000 im Durchschnitt 25 Prozent weniger als Männer verdienten. Pro-Kopf-Einkommen wuchsen nur von US-\$ 21.893 auf 22.199, blieben jedoch für *Hispanics* und die anderen ethnischen Gruppen gleich (Schneider-Sliwa 2005: 126 ff.).

## 1.5.2 Merkmale des „Zweiten Amerika“

### Armutsbiographien – Faktor Bildung

Im Verlauf des gut zwanzigjährigen Zeitraums von 1980 bis 2002 zeigt sich in den USA ein Paradoxon von zunehmender Armut bei starkem Wirtschaftswachstum, das zwar zwei Rezessionen erlebte (1991 und 2001), ansonsten aber von einer relativ starken Dynamik geprägt war. Dieses Phänomen geht einher mit neuen Entwicklungen, die sich aufgrund des Sozialprofils der Armut und einiger Strukturdaten in sechs Punkten zusammenfassen lassen:

(1) „Feminisierung der Armut“, (2) Kinderarmut, (3) Armutsbiographien bedingt durch unzureichende Bildung, (4) Altersarmut, (5) Ethnisches Profil der Armut, (6) Strukturelle Armut und Prekarität

### **(1) „Feminisierung der Armut“**

Bedeutet die Verschlechterung des ökonomischen Status von Frauen, gekennzeichnet durch folgende Punkte: Zwischen 2001 und 2002 stieg die Zahl der von Frauen geführten Armuts Haushalte erstmals seit 1997 wieder an. Waren 1980 lediglich 2,97 Mio. weibliche Haushaltsvorstände in Armutshaushalten, so erreichte diese Entwicklung Mitte der 1990er Jahre ihren Höhepunkt mit über 4 Mio. weiblichen gegenüber ca. 0,5 Mio. männlichen Haushaltsvorständen. 2002 wurden rund 3,6 Mio. *female headed poverty households* und 0,56 Mio. *male headed poverty households* registriert (Proctor/Dalaker 2003: 33).

Frauen haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt: Das mittlere Einkommen von Frauen mit *High-School*-Abschluß betrug 2000 US-\$ 21.963 gegenüber US-\$ 30.868 für Männer mit gleichem Abschluß. Mit *Bachelor*-Abschlüssen erhielten Frauen im Durchschnitt US-\$ 35.408 gegenüber Männern mit US-\$ 49.982. Bei gehobenen akademischen Abschlüssen stieg das Durchschnittsgehalt von Frauen auf US-\$ 55.460 gegenüber US-\$ 90.653 bei Männern (Spraggins 2000: 1).

### **(2) Kinderarmut**

Das „zweite Amerika“ derer, die nicht am wirtschaftlichen Wohlstand teilhaben, wird jünger. Die USA sind die einzige westliche Industrienation, in der Kinder und Jugendliche den größten Teil der Armutsbevölkerung ausmachen. 2002 gab es 44,2 Mio. weiße, nicht hispanische Kinder, 11,6 Mio. afroamerikanische und 12,8 Mio. hispanische Kinder in den USA (Fields 2003: 16). Die Armutsrate unter Jugendlichen betrug 1990 20,6 Prozent, im Jahr 1995 20,8 Prozent und 2002 16,7 Prozent (Proctor/Dalaker 2003: 28). Beachtenswert ist, daß die Kinderarmut nicht nur am Einkommensstatus des Haushalts gemessen wird. Vielmehr ist eine Modifikation der Indikatoren in Arbeit, mit der die US-Bundesregierung das Ausmaß der Schäden bei Kindern erfassen will, die durch Armut verursacht werden. Zu diesen Indikatoren gehören u. a. der Gesundheitszustand (U.S. Bureau of the Census, 2005b; Federal Interagency Forum on Child and Family Statistics 2002) und damit zusammenhängende altersbezogene Lernfähigkeiten. Die strukturellen Charakteristika der Kinderarmut waren 2006 wie folgt: 55 Prozent der Kinder (15,6 Mio.) leben in armen (*working poor*) Familien, in denen mindestens ein Elternteil ganzjährig eine Vollzeitarbeit hat. 26 Prozent (7,3 Mio.) Kinder haben mindestens einen Elternteil ganzjährig Teilzeit arbeitend. 19 Prozent (5,5 Mio.) haben nicht arbeitende Eltern. 26 Prozent der Kinder (7,3 Mio.) haben Eltern, die weniger als einen *High-School*-Abschluß haben, 36 Prozent (10,2 Mio.) haben Eltern mit mindestens einem *High-School*-Abschluß und 39 Prozent der Kinder (10,9 Mio.) arme Kinder haben Eltern mit mindestens einem *College (Bachelor-)* Abschluß. Hier zeigt sich, daß Ausbildung alleine in der Gegenwart nicht mehr vor Armut schützt. Die ethnischen Merkmale der Kinderarmut sind: 61 Prozent der Latino-Kinder (8,8 Mio.), 61 Prozent der afroamerikanischen Kinder (6,5 Mio.), 28 Prozent der asiatischen Kinder (0,8 Mio.) und 26 Prozent der weißen Kinder (11,1 Mio.) leben in Armut. 9,6 Mio. Kinder in den Kernstädten, 9,6 Mio.

Kinder in den Vororten, und 5,1 Mio. Kinder im ländlichen Raum sind arm (National Center for Children in Poverty 2006: [http://www.nccp.org/pub\\_lic06b.html](http://www.nccp.org/pub_lic06b.html)).

Die Armutsrate bei afroamerikanischen und hispanischen Kindern ist oft deutlich höher als bei weißen, nicht hispanischen Kindern. 2002 lebten nur 9,4 Prozent aller weißen Kinder in Armut, während es 32,3 Prozent aller afroamerikanischen und 28,6 Prozent aller hispanischen Kinder waren (Proctor/Dalaker 2003: 29 ff.). Daß Armut einen unterschiedlichen Ausprägungsgrad hat, zeigt sich daran, daß im Jahr 2000 rund 6 Prozent aller Kinder in Familien lebten, die unter der Hälfte der Armutsgrenze liegen, also bei US-\$ 18.267 für einen Vier-Personen-Haushalt. 26 Prozent aller Kinder lebten in Haushalten mit Einkommen, welche die Armutsgrenze um bis zu 50 Prozent überstiegen, was bei einer vierköpfigen Familie US-\$ 26.405 Jahreseinkommen entspricht. Kinder in konventionellen, d. h. Zwei-Eltern-Familien, sind weniger stark der Gefahr ausgesetzt, in Armut heranzuwachsen. 2000 waren nur 8 Prozent der Kinder solcher Familien arm, während es 40 Prozent der Kinder in Haushalten waren, die von alleinstehenden Frauen geführt wurden. Dieser Unterschied ist in der afroamerikanischen Bevölkerung noch deutlicher, wo 49 Prozent aller Kinder in *female headed households* in Armut aufwachsen.

### **(3) Armutsbiographien bedingt durch unzureichende Bildung**

Für fast jeden dritten afroamerikanischen Jugendlichen (31,2 Prozent im Jahre 2002, 1993 noch 45,9 Prozent), der gegenwärtig heranwächst, und für 16,3 Prozent der amerikanischen Jugendlichen (1993 noch 22 Prozent) ist die Erfahrung von Armut, Verelendung und Wohlfahrtsabhängigkeit etwas ganz normales, ebenso hohe Gesundheitsrisiken, Ernährungsstörungen, psychische und physische Gefährdungen, Verhaltensstörungen, Gewaltbereitschaft und chronischer Hunger (U.S. Bureau of the Census, 2005b; Federal Interagency Forum on Child and Family Statistics 2002). Ein wichtiger Grund für „Armutsbiographien“ ist das sich verschlechternde Bildungsprofil, das lediglich den Einstieg in Billiglohnjobs ermöglicht. Wenn ein junger Erwachsener im Alter von 18 bis 25 Jahren es versäumt, eine gute Ausbildung zu absolvieren, treten gravierende Folgen für ihn und den Staat ein. Jeder mangelhaft ausgebildete Jugendliche trägt für die gesamte Dauer seines Arbeitslebens, also 40 bis 50 Jahre, ein erhöhtes Risiko:

- auf dem Arbeitsmarkt schwer vermittelbar zu sein,
- schneller und länger Arbeitslosigkeit zu erleben,
- geringere Chancen zum sozialen Aufstieg zu haben,
- dauerhaft in die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen wie Arbeitslosen- und Sozialhilfe abzusinken,
- seinen Kindern Armut und Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen vorzuleben und dieses Verhaltensmuster somit weiterzugeben,
- zur Verelendung über mehrere Generationen hinweg beizutragen.

### **(4) Altersarmut**

Armut hat viele Gesichter, so auch das Gesicht des Alters. Aus Gründen prekärer Einkommen steigt der Anteil derer, die sich keine Krankenversicherung leisten können, stetig an. Da

eine Krankenversicherung in den USA nicht obligatorisch ist, haben 42,6 Mio. Menschen keine. Neben Kindern und Jugendlichen armer Familien ist mit den über 65jährigen, die insgesamt im Jahr 2000 34,5 Mio. Menschen oder 12,4 Prozent der Bevölkerung ausmachen, jene Gruppe am stärksten betroffen, die eine Krankenversicherung am dringendsten benötigen. Besonders hohe Anteile zeigen sich zudem noch in jenen Bundesstaaten, die als „Rentnerstaaten“ gelten, so z. B. Florida und New Mexico.

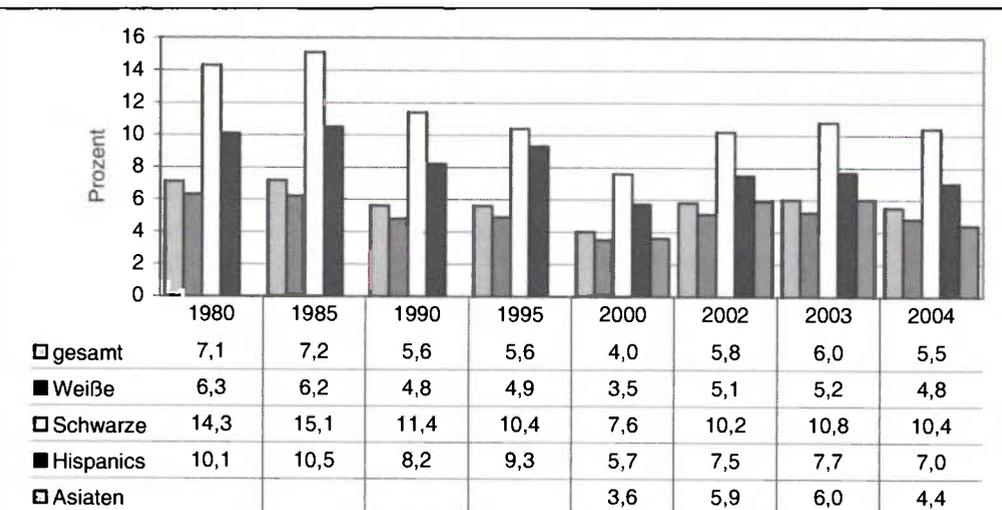
### (5) Ethnisches Profil der Armut

Es zeigt sich sehr deutlich, daß die Armut eine unterschiedliche ethnische Ausprägung hat: Bis zu einem Viertel aller Afroamerikaner und *Hispanics* sind von Armut betroffen; im Bereich der Bildung sind diese Gruppen schlechter gestellt. Innerhalb des ethnischen Profils der Armut wiederum verläuft ein Riß, der die Geschlechter betrifft. Unter der afroamerikanischen Bevölkerung werden die Verbesserungen der Lebensumstände, die über die Bildung erzielt werden können, bei Frauen deutlich aktiver angestrebt. Zwar hatten 2002 nur 17 Prozent der afroamerikanischen Bevölkerung über 25 Jahre einen *Bachelor*-Abschluß, Frauen hatten dabei jedoch einen statistisch signifikanten Vorsprung: 17,4 Prozent der Frauen und 16,4 Prozent der Männer hatten einen *Bachelor*-Abschluß, während es bei der weißen Bevölkerung umgekehrt war: Nur 27,3 Prozent der Frauen, aber 31,7 Prozent der Männer hatten diesen Abschluß (McKinnon 2003: 4). Die Struktur des dualen Amerika, die sich teilweise entlang eines einfachen Gegensatzes von schwarz/weiß sowie arm/mittelständisch zeigte, wird also viel differenzierter und zeigt nun deutlicher als je zuvor eine sich entwickelnde soziale Distanz auch innerhalb des unterprivilegierten Bevölkerungssegments. Die Lebens- und Integrationsbedingungen für Afroamerikaner und *Hispanics* sehen grundsätzlich anders aus als für asiatische Minderheiten. Im Jahr 2003 lebten fast 36 Mio. (12,5 Prozent) der Amerikaner unter der Armutsgrenze. Getrennt nach Bevölkerungsgruppen weist die Statistik die Afroamerikaner (24,4 Prozent) und die *Hispanics* (22,5 Prozent) als diejenigen mit den höchsten Armutsraten aus (U.S. Bureau of the Census 2005a: 473). Selbst die offizielle Armutsgrenze ist für diese Haushalte noch eine unerreichbare Richtgröße. Arme, v. a. Minderheiten, haben auch heute noch kaum eine Chance, sozial aufzusteigen oder den Elendsvierteln zu entkommen. Die wissenschaftliche Literatur hat für dieses neue Phänomen des dauerhaften Verbleibens von Bevölkerungssegmenten in Armut den Begriff der *urban underclass* geprägt (Wilson 1996). Die ethnischen Konzentrationsgebiete in Großstädten sind aufgrund ihrer sozioökonomischen Strukturen (Armut und Geburtenraten von 3 bis 3,5 Prozent) und längerfristigen Perspektiven mit Enklaven der Dritten oder Vierten Welt vergleichbar, die von existentieller Not, Verfall und großer sozialer Krisenhaftigkeit gekennzeichnet sind. Hier wächst die Belastung durch Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen und Abhängigkeit von der staatlichen Fürsorge. Überproportional betroffen sind vor allem Minderheiten, Frauen, Kinder und Jugendliche sowie von Frauen geführte Haushalte (Schneider-Sliwa 1996a; Schneider-Sliwa 1996b).

Die Tatsache, daß afroamerikanische und hispanische Bevölkerungsgruppen die höchsten Anteile an Arbeitslosen (Abbildung 1-3), an Personen, die von der öffentlichen Fürsorge leben, und an Armen haben, hat damit zu tun, daß Schwarze und *Hispanics* insbesondere im industriellen Sektor beschäftigt waren und die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft sowie die Globalisierung mit ihren Standortverlagerungen in Niedriglohnländer solche Arbeitsplätze gefährden. Die Prekarität verleiht diesen Bevölkerungsgruppen einen schlechten

Stand in einem Land, das keine Akzeptanz für Trittbrettfahrer auf dem sozialen System kennt und das bei den armen Personen zwei Kategorien unterscheidet: die *welfare poor*, also die Sozialhilfeempfänger und die *deserving poor*, also die für ihre staatliche Sozialhilfe seit einigen Jahren zur Arbeit verpflichtet werden (*work for pay*). Bevölkerungsprognosen zeigen hier die Dringlichkeit und den Handlungsbedarf vor allem im Ausbildungssektor.

Abbildung 1-3: Erwerbslosenquote\* 1980-2004 (ausgewählte Jahre)



\*Anteil der Erwerbslosen an den zivil Beschäftigten insgesamt sowie innerhalb der Bevölkerungsgruppe.

Quelle: U.S. Bureau of the Census, Statistical Abstract of the United States, 2006: The National Data Book, Washington, D.C. 2005, S. 460.

## (6) Strukturelle Armut und Prekarität

Weder stetiges Wirtschaftswachstum, noch das Wachstum der öffentlichen Ausgaben haben die Probleme der Armut auch nur annähernd gelöst. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß die Armut kontinuierlich ansteigt, und zwar auch in Phasen, in denen sich die Arbeitslosenquoten nicht erhöhten (U.S. Bureau of the Census 2001: 414). Die bundesweite Arbeitsplatzentwicklung zeigt besonders in den Billiglohnkategorien starkes Wachstum, deren Einkommen jedoch oft so niedrig sind, daß Haushalte unter der Armutsgrenze bleiben. *Working poor* manifestieren im Gegensatz zu den *welfare poor* ein besonderes strukturelles Problem der Volkswirtschaft, die zwar insgesamt genug Güter und Dienstleistungen für alle produziert, aufgrund niedriger Löhne dennoch die Minimalversorgung eines Teiles der erwerbstätigen Gesellschaft nicht mehr gewährleistet (Goldsmith/Blakely 1992: 141). Armut wird also nicht nur von Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfängern erlebt, sondern ist das alltägliche Problem von Millionen von Vollzeitarbeitenden, ferner für temporär Arbeitende, aber auch für jene, die Entlassungen anheim fielen und in ihren neuen Stellungen nur noch einen

Bruchteil ihres früheren Facharbeiterlohnes erhalten. Besonderheiten der gesetzlichen Regelungen des amerikanischen Arbeitsmarktes verschärfen ebenfalls die Prekarität (Tabelle 1-2).

<p><b>Tabelle 1-2: Der amerikanische Arbeitsmarkt</b></p>
<p><b>Besonderheiten des amerikanischen Arbeitsmarktes</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zwischen 1980 und 1999 Zuwachs von 24 Mio. Arbeitsplätzen</li> <li>• Zuwachs in Billiglohn-Berufsgruppen des Tertiären Sektors</li> <li>• Systematisch niedrigere Löhne und anteilmäßig mehr Teilzeitbeschäftigung bei Frauen, Schwarzen, <i>Hispanics</i></li> <li>• Verschlechterung des Arbeitsmarktes für Jugendliche und Sinken der Vollbeschäftigung bei Jugendlichen</li> <li>• Bevorzugte Einstellung nicht-gewerkschaftlich organisierter Arbeitskräfte („non union labor“), v. a. durch die öffentliche Hand</li> <li>• Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung („temporary permanent work force“) zu niedrigeren Löhnen, die keine Krankenversicherung und Sozialleistungen beinhalten – außer den Rentenbeiträgen – eine Regelung, die sogar für Regierungsangestellte gilt.</li> </ul>
<p><b>Institutionelle Rahmenbedingungen – Geringe Regulationsdichte des Arbeitsmarktes</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Flexible Lohnfindung – Dezentrales Tarifvertragssystem, Fehlen von Manteltarifverträgen, „concession bargaining“ auf Betriebsebene</li> <li>• Fehlen eines gesetzlich geregelten Kündigungsschutzes, traditionelle Rechtsdoktrin „employment at will“ (Entlassung nach Belieben), Prinzip „hire and fire employment“ – „last in – first out“</li> <li>• Fehlen eines Betriebsverfassungs-, Urlaubs- oder Mutterschutzgesetzes auf Bundesebene</li> <li>• Keine staatliche Hilfe bei Kurzarbeit oder Frühverrentung</li> <li>• Arbeitslosenunterstützung von 26 bis max. 39 Wochen</li> <li>• Nichtindexierte Mindestlohnregelung – Verringerung der Kaufkraft der Mindestlöhne.</li> </ul>
<p><b>Quellen: Walter, Christine, Zur Dynamik des Arbeitsmarktes in den Vereinigten Staaten, in: Die Weltwirtschaft, 1(1994), S. 113-132; Goldsmith, William W./Blakely, Edward J., Separate Societies. Poverty and Inequality in US Cities, Philadelphia 1992, S. 56-95.</b></p>

### 1.5.3 Integrationserfolg asiatischer Minderheiten

Integration und Assimilation waren die wichtigste Aufgabe der Neuankömmlinge in der amerikanischen Gesellschaft. Integration hatten die Zuwanderer durch Annahme der vorherrschenden Normen, Werte, Denk- und Lebensweisen, der Mentalität und Kultur selbst zu leisten. Anerkennung und Aufnahme in die amerikanische Wertegesellschaft konnten gerade in jüngerer Vergangenheit viele Neuankömmlingen trotz ihres unterschiedlichen kulturellen Hintergrunds sehr schnell über das Berufsleben, die Schulausbildung oder unternehmerische Aktivitäten erlangen. Einwanderer sind heute auch besser ausgebildet als früher, weil die Einwanderungsbehörde (*Immigration and Naturalization Service*) seit 1965 eine Präferenz für höchstqualifizierte Arbeitskräfte festgesetzt hat.

Asiatische Minderheiten, insbesondere Chinesen, Japaner und Koreaner, gehören zu diesen höchstqualifizierten Einwandererkategorien. Vietnamesen, die zunächst nicht alle ein

höchstqualifizierendes Bildungsprofil aufwiesen, teilten aber die Werte und die Arbeitsethik mit den anderen asiatischen Einwanderergruppen. Nach Jahrzehnten der erst 1945 abgeschafften gesetzlichen Diskriminierung gelten Asiaten mittlerweile als *model minority*: Sie sind jene Einwanderungsgruppe, die in kürzester Zeit den amerikanischen Traum vom wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg verwirklicht und darin Anglo-Konformität zeigt. Die in die Hauptaufnahmeregionen Südkalifornien, Los Angeles, Miami, New York City und Washington, D.C. einwandernden Asiaten stellen spätestens in der zweiten Generation unter den Hochschulabsolventen die höchste Quote; in Harvard waren es im Jahr 2003 beispielsweise 19 Prozent, in Berkeley 67 Prozent der vollakademischen Abschlüsse, dies bei nur 3,6 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung. Zu den Mechanismen, die ihre eigenen Kulturen für die Akkulturierung und den wirtschaftlichen Erfolg in den USA bieten, gehören:

- Erziehung zur sozialen Anpassung und zur Vermeidung von Konflikten,
- hoher Stellenwert von Bildung und Bildungswesen sowie eine Erziehung zu Leistung, Erfolgsstreben und einer Arbeitsdisziplin, die der calvinistisch-protestantischen Ethik ähnelt und daher Amerika vertraut ist,
- vertikale Gruppen- und Familienstruktur, Akzeptanz von Hierarchien in Gesellschaft und Wirtschaft.

### 1.5.4 Regionale Manifestationen des dualen Amerika

Das duale Amerika zeigt sich nicht nur in den vielfältigen Indikatoren der sozialen Distanz zwischen Bevölkerungssegmenten, sondern auch in räumlich getrennten Welten. Der Gegensatz manifestiert sich

- regional sowie in Indianerreservaten, ferner in bestimmten ländlichen Räumen,
- zwischen Kernstädten und *suburbs* allgemein,
- innerhalb der Kernstädte in den *inner city poverty areas* als Gebieten des sozialen Elends, der Armut und der Verslumung sowie
- innerhalb der Kernstädte in den *gated communities* als Enklaven des Wohlstands.

#### **Ländliche Armut**

In den USA gibt es auch zusammenhängende, innerregionale Armutsgebiete, in denen verschiedene ungünstige Faktoren zusammentreffen, so z. B. eine ungünstige verkehrsräumliche Lage, schlechte Böden, mangelnde Ressourcen, weitgehende bis totale Erschöpfung vorhandener natürlicher Ressourcen, nicht rentable Rohstoffvorkommen und ungünstige Landbesitzstrukturen für die kommerzielle Landwirtschaft. Zu den Merkmalen, die eine strukturelle Problematik kennzeichnen, gehören:

- höhere Arbeitslosigkeit,
- niedrigere Einkommen,
- hohe Konzentrationen von Personen ausländischer Herkunft, insbesondere *Hispanics*, welche teilweise ein ungünstiges Bildungsprofil für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt mitbringen,
- hohe Anteile an Personen mit niedrigem Bildungsstatus,

- monostrukturierte lokale Wirtschaft,
- hohe Anteile von Beschäftigten in der Landwirtschaft einerseits sowie sinkende Anteile von Beschäftigten in der Landwirtschaft („Farmensterben“) andererseits,
- Bergbaugebiete jenseits der Appalachen, des *Superior Uplands* und der Rocky Mountains,
- ausgewählte Gebiete mit hohen Anteilen an Regierungsbeschäftigten, vor allem in den Gebieten der Nationalparks.

Danach sind Bergregionen der südlichen Appalachen und der Ozarks sowie Gebiete des ländlichen Südens (Georgia, Alabama, Louisiana) besonders betroffen.

### **Innerstädtische Armutsgebiete**

Armut ist ein besonders schweres Problem in strukturschwachen Kernstadtgebieten, vor allem in Stadtteilen, in denen jene Afroamerikaner und *Hispanics* stark konzentriert sind, die einen hohen Anteil von Personen mit einem schlechteren Bildungsprofil besitzen. Afroamerikaner und *Hispanics*, vor allem aber Erstere, machen einen Großteil der Bevölkerung der riesigen Elendsgebiete aus. Elendsgebiete sind es, weil in ihnen Armut, Verfall, Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen sowie extrem hohe Geburtenraten herrschen.

## 1.5.5 Segregationslandschaften und Lebenswelten des dualen Amerika: Hyper-Ghettos und *Inner City Poverty Areas*

Für die meisten Städte lassen sich die räumlichen Dimensionen der segregierten Stadtteile nicht mehr mit ethnisch geprägten Enklaven oder Vierteln wie in Europa vergleichen. Die Hyper-Ghettos haben die facto Ausmaße europäischer Großstädte. Hyper-Ghettos der *urban underclass* dehnen sich stetig aus (Wilson 1996; Schneider-Sliwa 1996a). In der Kernstadt Atlanta mit der ungefähren Nord-Süd- und Ost-West-Ausdehnung von 27,5 km bzw. 28 km nehmen diese Gebiete mehr als die Hälfte des Stadtgebietes ein, in Washington, D.C. knapp 40 Prozent, das Hyper-Ghetto von Los Angeles, der Stadtteil South Central, hat eine Nord-Süd-Ausdehnung von 24 km. Die Liste der Städte mit Hyper-Ghettos ließe sich beliebig fortsetzen.

In den Hyper-Ghettos der *urban underclass* besteht eine für zukünftige Generationen sozial vordefinierte Lebenswelt, in der es um *basic needs* geht, also um die nötigste Versorgung mit Nahrung, Kleidung und Arbeit. Die Alltagswelt der Unterklasse ist ein Teilsystem, das existentiell von der Vielfalt der Wirtschaftskreisläufe, dem sogenannten *mainstream-America* und dem Lebensstil seiner „Leitkultur“ abgekoppelt ist. Den Bewohnern wird ein völlig andersartiges, kollektives Muster der Lebensbewältigung aufgezwungen, welches kaum Handlungsspielräume zulässt – mangels Arbeitsplätzen bleiben fast nur die Abhängigkeit von der Fürsorge, der Drogenhandel oder andere kriminelle Aktivitäten. Diese ungünstigen lebensweltlichen Rahmenbedingungen und bewußt wahrgenommenen Begrenzungen können wiederum zu Verhaltensweisen wie Vandalismus, Brandstiftung und anderen Formen der Kriminalität führen, die sich durchaus sichtbar im Raum und in den Statistiken auf kleinsten

räumlichen Bezugseinheiten niederschlagen. Allein in innerstädtischen Armutsgebieten leben derzeit 20 Mio. Menschen. Bei Geburtenraten von 3,5 Prozent, die in lokalen Standesämtern und einzelnen staatlichen Gesundheitsbehörden dokumentiert sind, könnte man im ungünstigsten Falle von einer Verdoppelung innerhalb von 20 Jahren ausgehen und innerhalb von 40 Jahren mit einer innerstädtischen Armutsbevölkerung von 80 Mio. Menschen rechnen. Hierbei wird jedoch nur die Zahl von 20 Mio. innerstädtischen Armen zugrunde gelegt und nicht die übrigen 24 Mio. der derzeit erfaßten 44 Mio. Armen, die auch im ländlichen Raum oder in übrigen Stadtgebieten der Großräume leben. Unbeachtet von vielen, insbesondere auch von Entscheidungsträgern, wächst also die Armutsbevölkerung rasant an und damit die Notwendigkeit für die USA, sich mit der Innen- und Sozialpolitik im Sinne dauerhafter Lösungen des Armutsproblems auseinander zu setzen.

## 1.6 Literatur

- Adams**, Willi Paul, Deutsche im Schmelztiegel der USA. Erfahrungen im größten Einwanderungsland der Europäer, 3. Aufl., Berlin 1994.
- Adams**, Willi Paul, Die USA vor 1900, München 2000a.
- Adams**, Willi Paul, Die USA im 20. Jahrhundert, München 2000b.
- Bennet**, Marion T., American Immigration Policies: A History. Washington, D.C. 1963.
- Boorstin**, Daniel J., The Americans. Volume I: The Colonial Experience, New York 1965.
- Cafferty**, Pastora San Juan/**Chiswick**, Barry R./**Greeley**, Andrew M./**Sullivan**, Teresa A., The Dilemma of American Immigration. Beyond the Golden Door, New Brunswick 1983.
- Dinnerstein**, Leonard/**Reimers**, David M., Ethnic Americans. A History of Immigration, 3. Aufl., New York 1988.
- Dittgen**, Herbert, Die Reformen in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik in den achtziger Jahren, in: Amerikastudien 3, 1995, S. 345-366.
- Federal Interagency Forum on Child and Family Statistics**, America's Children: Key Indicators of Well-Being, 2002, Part II. Indicators of Children's Well-Being, Washington, D.C. 2002.
- Fields**, Jason, Children's Living Arrangements and Characteristics: March 2002. U.S. Census Bureau, Current Population Reports, P20-547, Washington, D.C. 2003.
- Flack**, John M. et al., Epidemiology of Minority Health, in: Health Psychology, Vol. 14, 7(1995), S. 592-600.

- Fluck**, Winfried, Kultur, in: **Adams**, Willi Paul/**Lösche**, Peter (Hrsg.), Länderbericht USA. Geschichte, Politik, Geographie, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, 3. Aufl., Bonn 1999, S. 719-803.
- Grieco**, Elizabeth M./**Cassidy**, Rachel C., Overview of Race and Hispanic Origin: 2000, U.S. Census Bureau, Census 2000 Brief, C2KBR/01-1, Washington, D.C. 2001.
- Goldsmith**, Wiliam W./**Blakely**, Edward J., Separate Societies. Poverty and Inequality in US Cities, Philadelphia 1992.
- Hall**, Thomas Cuming, The Religious Background of American Culture, New York 1959.
- Hofstetter**, Richard R., U.S. Immigration Policy, Durham 1984.
- Hutchinson**, Edward P., Legislative History of American Immigration Policy 1798-1965, Philadelphia 1981.
- Kamphausen**, Georg, Ideengeschichtliche Ursprünge und Einflüsse, in: **Adams**, Willi Paul et al. (Hrsg.), Länderbericht USA. Geographie, Geschichte, Politische Kultur, Politisches System, Wirtschaft, Band I, 2. Aufl. Bonn 1992, S. 259-280.
- Lerner**, Max, Amerika. Wesen und Werden einer Kultur: Geist und Leben der Vereinigten Staaten von heute, Frankfurt 1960.
- McKinnon**, Jesse, The Black Population in the United States: March 2002. U.S. Census Bureau, Current Population Reports, P20-541, Washington, D.C. 2003.
- National Center for Health Statistics**, Health, United States, 2005. With Chartbook on Trends in the Health of Americans, Hyattsville 2005.
- National Center for Children in Poverty** (Columbia University, Mailman School of Public Health), Basic Facts about Low-Income Children: Birth to Age 18, New York 2006.
- Persons**, Stow, American Minds. A History of Ideas, New York 1975.
- Proctor**, Bernadette D./**Dalaker**, Joseph, Poverty in the United States: 2002, U.S. Census Bureau, Current Population Reports, P60-222, Washington, D.C. 2003.
- Schneider-Sliwa**, Rita, Kernstadtverfall und Modelle der Erneuerung in den USA: Privatism, Public-Private-Partnerships, Revitalisierungspolitik und sozialräumliche Prozesse am Beispiel von Atlanta, Boston und Washington, D.C., Berlin 1996a.
- Schneider-Sliwa**, Rita, „Hyper-Ghettos“ in amerikanischen Großstädten: Lebensräume und Konstruktionsprinzip der „urban underclass“, in: Geographische Zeitschrift, 1(1996b), S. 27-43.
- Schneider-Sliwa**, Rita, USA. Geschichte, Wirtschaft, Geographie, Politik. Darmstadt 2005.
- Spraggins**, Renee E., Census Brief: Women in the United States: A Profile, U.S. Census Bureau, Current Population Reports, CENBR/001, Washington D.C. 2000.

- Stanley, Harold W./Niemi, Richard G.**, Vital Statistics on American Politics, 2005-2006, Washington, D.C. 2006.
- Tocqueville, Alexis de**, Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 1985.
- U.S. Bureau of the Census**, Statistical Abstract of the United States, 2001: The National Data Book, Washington, D.C. 2001.
- U.S. Bureau of the Census**, Statistical Abstract of the United States, 2006: The National Data Book, Washington, D.C. 2005a.
- U.S. Bureau of the Census**, Indicators of Children's Well Being, Part II, Economic Security Indicators. Washington, D.C. 2005b.
- U.S. Department of Education**, National Center for Education Statistics. The Condition of Education 2002. Poverty among School Age Children. Washington, D.C. 2002
- U.S. Department of Homeland Security/Office of Immigration Statistics**, 2004 Yearbook of Immigration Statistics, Washington, D.C. 2006.
- Walter, Christine**, Zur Dynamik des Arbeitsmarktes in den Vereinigten Staaten, in: Die Weltwirtschaft, 1(1994), S. 113-132.
- Wilson, William Julius**, The Truly Disadvantaged, the Inner City, the Underclass and Public Policy, 9. Aufl., Chicago u. a. O. 1996.
- Zimmermann, W./Fix, M.** Immigrant Policy in the States: A Wavering Welcome. Amerika-studien 3, 1995, S. 367-388.
- Zöller, Michael**, Politische Kultur und politische Soziologie, in: **Adams, Willi Paul** et al. (Hrsg.), Länderbericht USA. Geographie, Geschichte, Politische Kultur, Politisches System, Wirtschaft, Band I, 2. Aufl. Bonn 1992, S. 281-302.

## 1.7 Websites

<b>Department for Health and Human Services</b>	<a href="http://www.hhs.gov/">http://www.hhs.gov/</a>
<b>Forum on Child and Family Statistics</b>	<a href="http://www.childstats.gov/">http://www.childstats.gov/</a>
<b>National Center for Children in Poverty</b>	<a href="http://nccp.org/">http://nccp.org/</a>
<b>National Center for Health and Statistics</b>	<a href="http://www.cdc.gov/nchs/">http://www.cdc.gov/nchs/</a>
<b>U.S. Bureau of the Census</b>	<a href="http://www.census.gov/">http://www.census.gov/</a>

Stand: 30.09.2006